

Venezuela nach der Krise mit Kolumbien

Innenpolitische Motive für außenpolitische Eskalation

Die Krise Venezuelas mit Kolumbien, während der sogar von Krieg die Rede war, zeigt einmal mehr den engen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik auf: Es gibt eine Reihe von innenpolitischen Gründen, warum Präsident Chávez nach einem Grenzüberschreitungsfall zwischen Kolumbien und Ecuador eine solch schwere Krise heraufbeschwor.

Der Konflikt mit Kolumbien - Chávez und die FARC

Schon seit geraumer Zeit steht der venezolanische Präsident Hugo Chávez mit der kolumbianischen Guerilla FARC im Kontakt, die seit über 40 Jahren im bewaffneten Kampf gegen den kolumbianischen Staat steht. Die FARC hat sich nach internationaler Einschätzung von einer ideologisch motivierten Guerilla, wie sie in den sechziger und siebziger Jahren in vielen lateinamerikanischen Ländern entstanden, zu einem zentralen Akteur des Drogenhandels und der Gewaltkriminalität entwickelt. Nicht zuletzt durch Attentate und die zahlreichen, dauerhaften Entführungen kolumbianischer und ausländischer Bürger wurde die FARC als Terrororganisation berüchtigt. 2007 präsentierte sich Chávez als „Vermittler“ zur Befreiung der Geiseln. Nach eigenmächtigem Vorgehen entzog ihm jedoch Kolumbiens Präsident Álvaro Uribe das Mandat. Die weiteren Bemühungen um Geiselfreilassung blieben zunächst absolut erfolglos, doch im Januar 2008 kam es tatsächlich zur Freilassung prominenter Geiseln und deren Übergabe an Chávez. Der Empfang der Freigelassenen durch ihre Familien wurde in Caracas mit großem Aufwand mediengerecht inszeniert.

Als Chávez dann die Anerkennung der FARC als politische Organisation (und damit die Streichung aus den Listen der terroristischen Gruppen) forderte, ging dies selbst den gerade freigelassenen Geiseln zu weit. Der verbale Konflikt mit Kolumbien verschärfte sich dadurch weiter. Seinen Höhepunkt erreichte er in der ersten Märzwoche, als kolumbianische Regierungstruppen die Nr. 2 der FARC auf dem Territorium Ecuadors mit 23 Guerilleros töteten; dies war ohne vorherige Abstimmung mit der Regierung Ecuadors geschehen. Sah es zunächst so aus, als könnte der Vorfall unter den beiden Nachbarländern geregelt werden, so änderte sich dies mit der Einmischung von Chávez. Er ordnete die Verlegung von 9000 Soldaten an die Grenze zu Kolumbien mit dem Argument an, sich besser gegen potentielle kolumbianische Angriffe schützen zu müssen. Gleichzeitig setzte er damit seinen ihm ideologisch nahestehenden ecuadorianischen Amtskollegen Rafael Correa unter Druck, der eine nachträgliche Entschuldigung Kolumbiens eigentlich schon annehmen wollte. Seitdem verschlechterte sich die Situation zwischen der Regierung Ecuadors und Kolumbien dramatisch und in vielen nationalen und internationalen Medien wurde bereits über Krieg spekuliert.

Ein Motiv für das Engagement Venezuelas war sicher die Befürchtung, Kolumbien könnte ähnliche Aktionen gegen FARC-Gruppen auf venezolanischem Territorium durchführen. Es gibt aber auch Stimmen in Caracas, die eine von Kolumbien beabsichtigte Provokation zur Bloßstellung von Chávez als FARC-Unterstützer vermuten. In jedem Fall scheint Chávez die von der kolumbianischen Armee beschlagnahmten Computer der Guerilla zu fürchten. Sie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO VENEZUELA
DR. PETER FISCHER-BOLLIN

17. März 200

www.kas.de

www.kas.de/venezuela

Könnten stichhaltige Beweise für eine handfeste Unterstützung der terroristischen Organisation FARC durch die Regierung Venezuelas mit allen möglichen Folgen (Verurteilung im UN-Sicherheitsrat) enthalten. Z.B. zu der der vermuteten Zahlung von 300 Mio. US-Dollar an die FARC, die im Gegenzug die Geiseln an Venezuela übergab.

Venezolaner gegen Anti-Kolumbien-Kurs des Präsidenten

In Venezuela gab es allerdings relativ wenig Unterstützung für Chávez' Konfrontationskurs mit Kolumbien. Dies liegt weniger an Sympathie für den kolumbianischen Präsidenten Uribe und dessen Politik. Uribe wird mit den Paramilitärs in Verbindung gebracht und als Speerspitze der US-Außenpolitik der Administration George W. Bush wahrgenommen. Vielmehr sind die menschlichen und wirtschaftlichen Bindungen zum Nachbarland so stark, dass die meisten Venezolaner, selbst in der Armee, keinen solchen Konflikt wollen. Nach aktuellen Schätzungen leben über 4 Millionen Kolumbianer bestens integriert in Venezuela. Chávez hatte 2007 zwei Millionen von ihnen den venezolanischen Pass angeboten. Auch ist Kolumbien, nach den USA, der zweitgrößte Handelspartner Venezuelas. 30 % aller Konsumgüter kommen aus Kolumbien. Nach einer kürzlich veröffentlichten Meinungsumfrage (Varianzas Opinión) lehnen nicht nur 80 % der befragten Venezolaner einen Krieg mit Kolumbien ab, sondern wenden sich auch 76 % gegen die verbale Konfrontation.

Selbst in der „wesentlichen“ Frage, ob es die kolumbianische Oligarchie war, die 1830 den Befreier Simón Bolívar ermordet hätte, folgen nur 53 % ihrem Präsidenten.

Referendum und Einheitspartei PSUV

Welche Motive treiben Venezuelas Präsidenten an? Ist es nur die Solidarität mit der gleichgesinnten Guerilla oder spiegelt sein Verhalten seine innenpolitischen Probleme seit dem 2. Dezember 2007 wider?

Mit seiner unerwarteten Niederlage beim Verfassungsreferendum am 2. Dezember 2007, hatte sich Chávez innenpolitische Position schlagartig verändert: Zum ersten Mal

seit seinem Wahlsieg 1998 verlor er ein Votum der Bevölkerung und somit war sein Projekt der immerwährenden Präsidentschaft verfassungsrechtlich verhindert worden. Auch wenn es bei einer verbleibenden Amtszeit von noch 5 Jahren übertrieben scheint, wurde Chávez durch diese Gewissheit zu einer „lame duck“. Er selbst und seine Unterstützer beginnen an die Zeit nach Chávez zu denken, die immer näher rückt. Aus diesem Grund werden fast täglich neue Vorschläge unterbreitet, wie die Wiederwahl des Präsidenten gesichert werden könnte (z.B. neues Referendum, verfassunggebende Versammlung).

Die am 23. November 2008 in ganz Venezuela anstehenden Wahlen der Gouverneure und Bürgermeister können seinen politischen Nimbus des Unbesiegbaren weiter beschädigen, denn seine Bewegung hatte bei den letzten Wahlen 2004 in 21 der 23 Bundesstaaten gewonnen. Eine Steigerung ist also nur schwer möglich, ein Verlust kann aber leicht wahrscheinlich werden. Gleichzeitig ist das Projekt der „Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas“ (PSUV), deren Vorsitzender Chávez selbst ist, bisher nicht richtig vorangekommen. Vielmehr lehnten bisherige Unterstützer von Chávez diese Einheitspartei ab und warben mit der traditionellen Opposition beim Referendum für das „Nein“, das neben den verfassungsrechtlichen Fragen auch dem Projekt eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ galt. Die parteiinternen Urwahlen für einen Übergangsvorstand bis 2009 sollten am 9. März die Wende bringen. Der vermeintlich demokratische Akt der angeblich 5 Millionen PSUV-Mitglieder geriet jedoch zur Farce: Nach Medienberichten (El País) nahmen nur 87.000 Mitglieder teil. Diese mussten es erleben, dass zwar ein Vorstand von der Parteiführung bekannt gegeben wurde, aber alle Fakten zu den Wahlergebnissen zunächst unbekannt blieben. Die Reaktion war harsche Kritik aus dem Innersten der bolivarianischen Revolution an Korruption und Klientelismus, die in einem Brief von angeblich 500 Parteidilegierten an Chávez gipfelte, in dem die fehlende Transparenz und „perverse Manipulationen“ des Prozesses beklagt wird. Vor diesem Hintergrund verblasste die durchaus gerechtfertigte Kritik



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Venezuela

Apartado 61863, YV Caracas -
1060 A
Av. Luis Roche entre 6 y 7
Transv.
Quinta Las Lomas
1060 Altamira YV Caracas
Venezuela

Tel. +58 212 263 45 33
Fax +58 212 265 20 54
peter.fischer-bollin@kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO VENEZUELA

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

17. März 2008

www.kas.de

www.kas.de/venezuela

des Chávez-Lagers an den inexistenten Vorstandswahlen in den meisten Oppositionsparteien.

Für die mittelfristige Entwicklung Venezuelas darf das Projekt der Einheitspartei aber auch nicht überschätzt werden: Die Parteien sind insgesamt sehr schwach und deshalb wird das politische Überleben des Hugo Chávez wohl nicht ausschließlich von der PSUV abhängen.

Versorgungskrise

Die Bevölkerung zeigt sich zunehmend unzufrieden mit den Ergebnissen von 9 Jahren der Präsidentschaft Hugo Chávez: Gerade die ärmeren Bevölkerungsgruppen leiden unter der schlechten Versorgungslage, die Grundnahrungsmittel zu heißbegehrten Schwarzmarktgütern werden lässt, unter der weiter gestiegenen Gewaltkriminalität und den unsäglichen Zuständen in den venezolanischen Gefängnissen, in denen 2007 mehr als 400 Menschen eines gewaltsamen Todes sterben mussten. Die Gefängnisinsassen kommen nicht aus der von Chávez beschimpften „Oligarchie“, die sich durch mehr private Sicherheitstechnik gegen die Gewalt insbesondere auf den Straßen von Caracas schützen kann, sondern sind eigentlich diejenigen, für die er mit seiner Politik eintreten wollte. Hinzu kommt ein Rückgang der Wirtschaftsentwicklung und damit fehlende Arbeitsplätze. Dies alles ist nach 9 Jahren auch nicht mehr auf die Vorgängerregierungen zu schieben, weshalb Chávez' Unterstützung in der breiten Bevölkerung gefährdet ist. Er reagierte mit Drohungen an seine Gefolgschaft, die kritischen Fragen zu lösen und die Einheitspartei PSUV zu stabilisieren, um keine weitere Wahlschlappe zu erleiden, welche den Chavismus zum Einsturz bringen könnte.

Gerät die Polarisierung außer Kontrolle?

Wie immer, sind die wahren Absichten und Strategien von Chávez nur schwer einzuschätzen, da sich Rhetorik und Aktion nicht immer in Übereinstimmung bringen lassen. So sind auch Vorfälle nur schwer zu bewerten, die sich Anfang März in Caracas abspielten: Eine Menge von Chávez-

Anhängern unter Führung der bekannten Aktivistin Lina Ron stürmte das erzbischöfliche Amt und besetzte es. Ron erklärte gemeinsam mit drei Parlamentsabgeordneten nach Medienberichten, dass man nun die katholische Kirche, die Unternehmerschaft und den kritischen TV-Sender Globovision attackieren werde, um die bolivarierte Revolution zu verteidigen. Chávez tadelte seine Gefolgsleute und vermutete hingegen eine Unterwanderung der Revolution durch die CIA, die die Aufmerksamkeit von dem Fehlverhalten Kolumbiens ablenken wolle.

Versöhnung in Santo Domingo

Vor diesem Hintergrund kommt die vorläufige Versöhnung der Präsidenten beim Treffen der Rio-Gruppe in der Dominikanischen Republik nicht völlig überraschend. Chávez versucht weiter, mit dem Thema Kolumbien und spektakulären Geiselbefreiungen international zu punkten und durch nationalistischen Diskurs seine Gefolgschaft im Heimatland zu konsolidieren. Er scheint aber nach der Niederlage beim Verfassungsreferendum am 2. Dezember 2007 die Lektion mitgenommen zu haben, dass sich diese Aktionen, die immer auch eine gewisse Verbrüderung mit den Drogenterroristen der FARC beinhalten, bei der eigenen Bevölkerung nur begrenzt auszahlen. In Santo Domingo war Chávez mit einer versöhnlichen Rhetorik zu vernehmen und ließ sich eine brüderliche Umarmung des „Schoßhundes des US-Imperiums“, wie er den kolumbianischen Präsidenten sonst gerne nennt, nicht nehmen. Die an die Grenze zu Kolumbien verlegten Truppen wurden zurück beordert und befinden sich inzwischen tatsächlich auf dem Weg in die Kasernen.

Dieser Auftritt als „Friedensstifter“ hat jedenfalls in der venezolanischen Öffentlichkeit Eindruck gemacht.

Die politische Opposition

Die politische Opposition hat sich inzwischen breiter aufgestellt und scheint aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Man konzentriert sich nicht mehr ausschließlich auf einen Anti-Chávez-Diskurs und versucht mit breiten Bündnissen einen



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Venezuela

Apartado 61863, YV Caracas -
1060 A
Av. Luis Roche entre 6 y 7
Transv.
Quinta Las Lomas
1060 Altamira YV Caracas
Venezuela

Tel. +58 212 263 45 33
Fax +58 212 265 20 54
peter.fischer-bollin@kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO VENEZUELA

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

17. März 2008

www.kas.de

www.kas.de/venezuela

Wahlerfolg zu erzielen. Am 23. Januar unterzeichneten 8 Parteien eine Übereinkunft, dass man mit gemeinsamen Kandidaten gegen die Regierungspartei bei den Wahlen antreten werde. In diesem Bündnis, dessen Bestand sich bei den bis Juni anstehenden Nominierungen zeigen muss, sind neben den traditionellen Parteien COPEI und AD, neuere Oppositionsgruppen wie Primero Justicia, Proyecto Venezuela und Un Nuevo Tiempo vertreten. Eine neue Qualität bekommt das Unterfangen durch die Beteiligung ehemaliger Chávez-Unterstützer wie Movimiento al Socialismo (MAS). Zwei Defizite sind allerdings im Augenblick prägend: Der Mangel an Führungsfiguren, die auch nur annähernd so charismatisch wären wie Hugo Chávez, und die fehlende programmatische Alternative. Man ist sich einig in der Ablehnung von Chávez, aber es ist auch klar, dass man nach 9 Jahren nicht einfach die Uhren zurückdrehen kann; zumal die Politik der 80er und 90er erst zum Wahlerfolg von Chávez geführt hat.

Perspektiven

Es ist klar, dass die Regierung Venezuelas die Aktivitäten der kolumbianischen Guerilla FARC mindestens mit einer gewissen Sympathie verfolgt: Enge Beziehungen bei der Geiselbefreiung, unbehelligte Operationen der FARC im venezolanischen Grenzgebiet, gegenseitige finanzielle Unterstützung (die FARC hatten 1992 Chávez nach dessen Haft mit Geld unterstützt) und die Interessensübereinstimmung in der Ablehnung der Regierung Uribe in Kolumbien sprechen dafür. Diese Aspekte haben sich durch die „Versöhnung“ in Santo Domingo nicht aufgelöst. Ebenso spricht die schwierige innenpolitische Lage für die weitere Motivation von Chávez, außenpolitisch zu polarisieren, um die eigenen Reihen gegen eine aussichtsreiche Opposition und inneren Zerfall zu schließen sowie in begrenztem Umfang die Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungsschichten von der eigenen Misere abzulenken. Nicht zuletzt deshalb werden Versorgungsmängel auch dem illegalen Export von Nahrungsmitteln nach Kolumbien angelastet. Die enge wirtschaftliche und soziale Verflechtung mit dem Nachbarland sorgt allerdings – eine halbwegs rationale Hand-

lungslogik vorausgesetzt – für eine Beschränkung der Konfliktbereitschaft.

Nun muss sich vor allem in der Innenpolitik zeigen, ob die Regierung einige der Probleme besser in den Griff bekommt. Und ob es der Opposition gelingt, bei den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen im November geeint anzutreten. Dies wäre Voraussetzung für einen Machtausgleich im Innern und die Perspektive für einen demokratischen Wandel in Venezuela. Ob die Polarisierung so etwas zulässt, ist unsicher. Ebenso wie der Gehalt von Chávez' Ankündigung, bei einer Niederlage der Revolution bei den Wahlen, gebe es Krieg.

Es gibt derzeit innenpolitisch keine Aussicht auf einen kurzfristigen, friedlichen Machtwechsel in Venezuela. Dies bedeutet, dass aus Caracas auch zukünftig außenpolitische Impulse kommen werden, die eher eine Destabilisierung der Region befürchten lassen. Damit müssen insbesondere Kolumbien und die USA sensibel umgehen, um Gewalt und Chaos zu vermeiden.

Aktuelle Meinungsumfragen

Varianzas Opinión:

www.globovision.com/news.php?nid=80900

Keller y Ascociados:

www.globovision.com/news.php?nid=81535&clave=a%3A1%3A%7B%3A0%3Bs%3A6%3A%22kelle%22%3B%7D

Weiterführende Literatur:

Werz, Niklaus: Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – Ein Zwischenbericht, Ibero-Analysen des Iberoamerikanischen Instituts Berlin, Dezember 2007.

www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen_Heft_21.pdf



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Venezuela

Apartado 61863, YV Caracas -
1060 A
Av. Luis Roche entre 6 y 7
Transv.
Quinta Las Lomas
1060 Altamira YV Caracas
Venezuela

Tel. +58 212 263 45 33
Fax +58 212 265 20 54
peter.fischer-bollin@kas.de